

bei gleichen Steuer- oder Schätzungsbeträgen nicht entscheiden, welcher unter den Wählern zu einer bestimmten Abtheilung zu rechnen ist, so gibt die alphabetische Ordnung der Familien-Namen den Ausschlag.

§. 4. In Gemeinden, welche für sich einen Wahlbezirk bilden, und in Wahlbezirken, welche aus mehreren Gemeinden bestehen, wird nur eine Abtheilungsliste angefertigt. Im ersteren Falle stellt dieselbe die Gemeinde-Verwaltungsbehörde, im letzteren der Landrath fest. Ist aber eine Gemeinde auf Grund der §§. 5 und 6 der Verordnung in mehrere Bezirke getheilt, so wird von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde zuvörderst eine allgemeine Abtheilungsliste für die ganze Gemeinde angelegt und dann aus dieser für jeden einzelnen Bezirk ein Auszug gemacht, welcher für diesen Bezirk die Abtheilungsliste bildet. Deshalb ist es nöthig, in der allgemeinen Liste bei jedem Wähler die Nummer des Bezirks anzugeben.

§. 5. Steuerfreie Wähler, welche auf Grund der §§. 12 und 17 der Verordnung ihr Stimmrecht ausüben wünschen, müssen sich bei der Behörde, welche die Wahlliste aufstellt, innerhalb einer von derselben festzusetzenden und bekannt zu machenden Frist anmelden und derselben die Grundlagen der für sie anzustellenden Steuerberechnung angeben. Unterlassen sie die Anmeldung, so werden sie nicht in die Listen aufgenommen; versäumen sie es, die Grundlagen der für sie anzustellenden Steuerberechnung rechtzeitig anzugeben, so werden sie in diejenige Abtheilung gesetzt, welche die Behörde für angemessen erachtet.

§. 6. Sowohl auf der Wahlliste als auch auf der Abtheilungsliste muß von der Behörde, welche zur Entscheidung über die Reclamationen berufen ist, noch vor dem Wahltermin becheinigt werden, daß innerhalb der Reklamationsfrist (§§. 23 und 25 der Verordnung) keine Reclamationen erhoben, oder die erhobenen erledigt sind.

§. 7. Aus der Abtheilungsliste des Wahlbezirks wird für jeden landwehrrpflichtigen Wähler, welcher zur Zeit der Wahl zum Dienste einberufen ist, nach dem Muster der Anlage, ein Auszug gemacht. Derselbe muß enthalten: 1) den Namen und Wohnort des Wählers; 2) den Steuerbetrag, mit welchem er zum Ansat gekommen ist; 3) den Wahlbezirk und die Abtheilung, für welche er zu wählen hat; 4) die Zahl der von der Abtheilung zu wählenden Wahlmänner. Dieser Auszug ist dem stellvertretenden Landwehr-Bataillons-Commandeur mit dem Ersuchen zu übersenden, ihn, Behufs der Ausfüllung der Namen der Wahlmänner durch die landwehrrpflichtigen Wähler an den Commandeur desjenigen Bataillons gelangen zu lassen, zu welchem dieselben einberufen sind. Auf demselben Wege gelangt der ausgefüllte Auszug zurück, und ist die Requisition, so wie die Erledigung derselben, so zu beschleunigen, daß die ausgefüllten Auszüge noch vor dem Wahltermin in den Händen des Wahlcommissarius sich befinden. Dasselbe Verfahren findet Statt, wenn bei engeren Wahlen eine nochmalige Stimmenabgabe der Landwehrmänner erforderlich werden sollte, und sind in diesem Falle auf dem Auszuge die Namen derjenigen Candidaten zu vermerken, auf welche die Stimmgebung sich nur erstrecken darf. (Schluß folgt.)

Berlin, den 6. December 1849.

In der gestrigen Plenarsitzung der 2. Kammer ist die Beratung über den Gesetzes-Entwurf über Ablösung der Reallasten beendet, nachdem darauf 11 Sitzungen in Pleno, und 2 Monate in der Agrar-Commission verwendet worden sind.

Als den Centralpunkt des Ganzen betrachte ich:

- a) Die §§. 2 und 3 worin die ohne Entschädigung aufgehobenen Berechtigungen, z. B. das Obereigenthum des Lehns Herrn; das Heimfallrecht; das Verkaufs-, Näher- und Retraktions-Recht, und so manche andere Feudalrechte in 23 verschiedenen Benennungen näher bezeichnet sind.
- b) Die Feststellung der Normalpreise, und insbesondere den § 26, welcher von dem Minderwerthe der f. g. Zinsfrucht gegen Marktgängige-Frucht handelt.
- c) Die §§. 32 und 33 wegen Ermittlung der Zehntabgaben.
- d) Den § 64, welcher den Multiplikator des Ablösungs-Capitals bei Baarzahlungen auf den 18fachen und bei Uebernahme auf die Rentenbanken zum 20fachen Betrag, gegen 4% Verzinsung in 56jähriger Amortisation festsetzt; wobei dem Verpflichteten $\frac{1}{10}$ der jährlichen Rentezahlung außerdem zu gute gerechnet wird.
- e) der § 65 schließt vom 18fachen Betrage nur diejenigen Kanons oder Zinsen aus, welche für die Ueberlassung eines Grundstücks zu Erbpacht, Erbzinns oder Eigenthum in einem vor Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes errichteten schriftlichen Vertrage stipulirt worden sind. Ein solcher Canon oder Zins kann nur auf Antrag der Verpflichteten zum 20fachen Betrage abgelöst werden. Dagegen handeln

f) die Lit. VI. von Feststellung der Besitzveränderungs-Abgaben welche in den westlichen Provinzen, mit sehr wenigen Ausnahmen, bereits regulirt, und nur in den Provinzen Schlesien und Sachsen noch zu ordnen sind.

g) Der ganze dritte Abschnitt des Gesetzes von § 73 bis 90 hat die Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnissen Behufs der Eigenthums-Verleihung in Absicht und berührt nur die f. g. Cassistischen Stellen in Schlesien.

Das hier fragliche Gesetz geht nur in die 1. Kammer, welche sich unverzüglich damit beschäftigen und solches zum Abschluß bringen wird. Bei der Gründlichkeit, womit diese Gesetzesvorlage in der 2. Kammer behandelt ist, und bei der Dringlichkeit, wonach dieser ewige Zankapfel zwischen Berechtigten und Verpflichteten endlich beseitigt werden muß, dürfte die 1. Kammer sich nicht in weitaufge, das Ziel hinauschiebende, Erörterungen einlassen; denn alle die vielen Flug-, Denk- und Schmähschriften, welche in etwa 50 verschiedenen Gestalten in den Händen der Abgeordneten sich befinden, und worin hauptsächlich gegen den geringeren Ablösungs-Satz protestirt wird, haben bei der gründlichen Benützung und Debatte in der 2. Kammer ihre vollständige Erledigung und Widerlegung gefunden. Es muß zugegeben werden, daß einzelne Stiftungen bei dem geringeren Ablösungs-Satz anscheinend verlieren, und die Verpflichteten einiger weniger wohlhabenden Gegenden gewinnen. Allein solche Ausnahmen konnten auf die Regel von keinem Einfluß, vielmehr nur die Haupttrübsicht zu beherzigen sein, daß unter allen Umständen das Gutherrliche Abgaben-Verhältniß gelöst werden müsse. In meiner Verteidigung des ganzen Gesetzes und in jener des § 64 habe ich diejenigen Hauptmomente hervorgehoben, nach welchen das Ganze, meiner Ansicht nach, beurtheilt werden muß; denn wer kann dafür bürgen, wie die Zukunft sich gestaltet, ob zum Vortheil oder zum Nachtheil der Berechtigten oder Verpflichteten? Seit 1789 sind so mancherlei Veränderungen in Europa eingetreten, daß die Geschichte dieser neueren Vergangenheit uns den Spiegel der Zukunft vorhalten dürfte, wenn wir auch allen chimärischen Erwartungen und übertriebenen Befürchtungen entsagen wollen, und nur das Eine festhalten: daß in der Gleichberechtigung und Gleichstellung Aller die Kraft der Staaten beruht.

Hesse.

Deutschland.

Berlin, 6. December. Die Reibungen zwischen Demokraten und Schutzmannern sind wieder an der Tagesordnung. Am Tage von Waldeck's Freisprechung sollen, nach der „Nat.-Ztg.“ 94 Personen wegen Widerseßlichkeit u. verhaftet worden sein. Diese sind, nach diesem Blatte, inzwischen wieder entlassen, aber es seien auch gestern wieder wegen Nichtbefolgung obrigkeitlicher Anordnungen, Veranlassung von Anläufen u. s. w. über 50 Verhaftungen vorgenommen worden. Zugleich berichtet die „Demokratische Zeitung“, daß vorgestern das Gedicht: „Waldeck ist frei,“ und ein von dem Buchhändler Hoffmann herausgegebenes Blatt: „Die drei Hauptzeugen im Prozeß Waldeck,“ welches Ohm, Göbße und Hindelbey darstellte, von den Schutzmannern in Beschlag genommen worden seien.

Berlin, 6. December. Der eben ausgegebene „Preuß. Staats-Anzeiger“ veröffentlicht das vom Staats-Ministerium erlassene Reglement zur Ausführung der Verordnung vom 26. November in Betreff der Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause. In den Paragraphen 1 und 20 wird den Ober-Präsidenten vorgeschrieben, unverzüglich die Einrichtung der Wahlbezirke vorzunehmen und die Wahlkreise, die Commissarien und die Wahlorte zu bestimmen. — Bereits im Anfang Januar d. J. wird die Vereinigung des Rheinischen Revisions- und Cassationshofes mit dem Ober-Tribunal Statt finden. Es wiederholt sich das Gerücht, daß binnen Kurzem eine Auflösung mehrerer Appellations-Gerichte bevorstehe.

— 8. Dec. Heute Morgen war Ministerrath bei Sr. Maj. dem Könige.

Die auf heute Abend festgesetzte Abreise des Prinzen von Preußen ist wiederum verschoben worden.

Der Bilizei-Präsident v. Hindelbey soll sich nicht bei dem Justiz-Minister, wie es in einigen Zeitungen heißt, sondern bei seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Minister v. Manteuffel, über das Verfahren des Geh. Justiz-Raths Taddel gegen ihn bei Gelegenheit seiner Vernehmung als Zeuge im Waldeck'schen Prozesse beschwert haben. Was auf diese Beschwerde verfügt ist, darüber verlautet bisher nichts Näheres. Eine Unwahrheit aber ist es, wenn einige Zeitungen das Gerücht verbreiten, als dürfte sich der Geheimrath Taddel veranlaßt sehen, wegen jenes Konflikts mit dem Dirigenten der exekutiven Polizei seinen Abschied aus dem Justizdienste zu nehmen. Herr Taddel ist eines der ältesten und hochgeachteten Mitglieder des hiesigen Appellations-Gerichtes, dessen